

Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altbau

Bezugspreis einschließlich Frangobonus in der 1. Woche vom 29. Dezember bis 4. Januar 30 Goldpfennige, unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 20 Goldpfennige, Einzelnummer 15 Goldpfennige. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreis: die 20 mm breite Kompositionsgasse 30 Pf., die 90 mm breite Reklamengasse 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Pf.

Nr. 301

Dresden, Sonnabend den 29. Dezember 1923

34. Jahrg.

Reichbergs Vorschlag an Poincaré

Der deutsche Schwerindustrielle Arnold Reichberg hat in einer 1/2ständigen Unterredung dem französischen Ministerpräsidenten den Plan eines Wirtschaftsdankens ausgearbeitet. Nach diesem Plan erhält die französische Regierung das Recht, sich unter den deutschen Unternehmungen, gleichviel ob sie in Gesellschafts- oder in anderer Form betrieben werden, diejenigen auszusuchen, an denen sie eine französische Beteiligung wünscht. Von diesen Unternehmen sollen der französischen Regierung 30 vom Hundert der Aktien kostenlos übertragen werden, wobei die nicht vergesellschafteten Unternehmungen zwangsweise in Gesellschaften umgeformt werden. Auch von den Kapitalerhöhungen während der nächsten 30 Jahre soll Frankreich einen entsprechenden Anteil erhalten. Die Frage der Entschädigung der Unternehmen wäre vom Deutschen Reich zu weglassen. Es bleibt der französischen Regierung überlassen, an welche französischen Unternehmen sie die so erhaltenen deutschen Industrieanteile weiterveräußern will, jedoch mit der Einschränkung, daß diese Anteile während 30 Jahren nicht außerhalb Frankreichs verkauft, insbesondere nicht nach Deutschland zurückverkauft werden dürfen. Die Forderung des Gesamtvertrages, mit dem diese übertragenen Industrieanteile zu bewerten sind, bleibt der Vereinbarung zwischen der deutschen und der französischen Regierung überlassen. Um diesen Gesamtvertrag soll die deutsche Reparationskommission gegenüber Frankreich herabgesetzt werden.

Obgleich Reichberg mit diesem Plan, den er schon seit Jahren vertritt, bisher so gut wie allein stand, hat er sich nicht gescheut, ihn jetzt der französischen Regierung zu unterbreiten und damit Poincaré eine wertvolle Waffe für die kommenden Reparationsverhandlungen in die Hände zu spielen. Dieser neueste Verrat deutscher Interessen von schwerindustrieller Seite ist ein neuer Versuch, einer direkten Verständigung zwischen der deutschen und französischen Schwerindustrie unter völliger Ausschaltung der deutschen Regierung und des deutschen Volkes.

So sehr wir eine deutsch-französische Verständigung an und für sich begrüßen, so sehr müssen wir diese — an Landesverrat grenzende — Art einer Verständigung verurteilen, bei der in leichtfertiger Weise deutsche Vermögenswerte ohne genügende Sicherheiten preisgegeben werden.

Die deutsche Sozialdemokratie hat immer wieder zu einer Verständigung mit Frankreich gedrängt. Und immer wieder ist es die deutsche Schwerindustrie gewesen, die dieser Verständigung der Regierung zu Regierung und von Volk zu Volk widerstrebt hat. Sehr wahrscheinlich wäre bei einer andern Haltung und Einstellung der deutschen Schwerindustriellen das ganze Ruhrgebiet unter dem Abgrund gestürzt, das deutsche Volk Hunger, Elend und Not ausgekostet würde, wie wir es selbst während des Krieges kaum erlebt haben. Vor die Schwerindustrie so die von der Sozialdemokratie erzielte Verständigung bisher zu verhindern gewirkt, so hat sie auf der andern Seite immer wieder versucht, sich mit den französischen Kapitalisten direkt zu verständigen. Da

eine Einigung dabei nicht erzielt werden konnte — die französischen Forderungen waren zu unerschämmt — wurde das deutsche Volk, in erster Linie die deutsche Arbeiterschaft gezwungen, noch einmal den Kampf für die deutsche Schwerindustrie auszufechten. Es unterlag in dem monatelangen opfervollen Ringen an Arbeit und Muhe. Es mußte unterliegen. Und nun hat diese selbe Schwerindustrie nichts eiligeres zu tun, um die deutschen Arbeiter, die eben noch für sie gekämpft haben, durch die von ihr beherrschte Reichsregierung auf das schwerste zu unterdrücken, sie um die letzten Rechte und Erwerbungen zu bringen und zugleich mit der französischen Schwerindustrie zu einer Verständigung zu kommen auf Kosten des durch die politischen Kämpfe und die wirtschaftliche Not der letzten Monate zermürbten deutschen Volkes. Kein Wunder, daß Herr Poincaré als Vertreter der französischen Schwerindustrie mit der von Reichberg vorge schlagenen Lösung der Reparationsfrage „zufrieden“ ist.

Wir erwarten, daß die deutschen Demokraten im Reichstag den Herren Poincaré, Reichberg und Konjunktoren einen dicken Strich durch die Rechnung machen.

Die Preisgabe der Arbeitnehmer

Die Reichsregierung hat das Gesetz zur Wiedereinstellung und Kündigung in den besetzten Gebieten mit Wirkung vom 1. Januar an aufgehoben. Sie behauptet, diese Maßnahme sei notwendig geworden, da die Rheinlandskommission die Anwendung des Gesetzes im Rheinlande nicht zugelassen habe. Bisher ist zwar nichts darüber bekannt geworden, daß die Reichsregierung dieses Gesetz der Rheinlandskommission überhaupt zur Genehmigung unterbreitet hat. Aber selbst wenn das der Fall wäre und die Rheinlandskommission früher die Genehmigung verweigert hätte, so wäre die glatte Aufhebung des Gesetzes in Bezug auf den Teil der Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter regelt, nicht notwendig gewesen. Durch Abänderung des bestehenden Gesetzes im Sinne einer Berücksichtigung sozialer Bedürfnisse bei der Wiedereinstellung, wäre die Möglichkeit zur zeitweiligen Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiete geschaffen worden. Da das mit den Absichten der Weimarer Verfassung übereinstimmt, wäre eine entsprechende Verordnung jetzt bei ihnen sicherlich nicht auf Widerstand gestoßen.

In Wirklichkeit hat auch die Reichsregierung einen solchen Schicksal der Arbeitnehmer nicht gewollt und lehnt deshalb die Abänderung des Wiedereinstellungsgesetzes ab. Im Gegensatz zu der Auffassung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die ihr mit allem Nachdruck vor Augen geführt worden ist, hat sie den Standpunkt vertreten, daß die Arbeitnehmer der besetzten Gebiete von allen Rechten befreit werden müssen, die das Gesetz ihnen bei der Wiedereinstellung und der Auswahl der Arbeitsstätte aufzuerlegen. Es ist vor allen Dingen der Reichsratsminister Draus gewesen, der sich hier zum schroffsten Sachwalter der Interessen der Großkapitalisten gemacht hat. Er fand aber dabei die Unterstützung aller bürgerlichen Parteien, auch die Unterstützung der Zentrumsdageordneten, insbesondere des ehemaligen Arbeiters Feder, Arnberg. Wenn jetzt bei den Zentrumarbeitern im Ruhrgebiet sich Erbitterung geltend macht, weil insbesondere die vertriebenen Arbeiter mit großer Familie der schrankenlosen Unternehmerrückwärts völlig ausgeliefert werden, so mögen sie sich dafür bei ihren eigenen Parteigenossen bedanken, die solche Absichten geflüstert haben.

Kahrs Staatsanwalt

München, 28. Dezember. (Eig. Draht.)

Im Verlauf der Freilagerverhandlung des Landfriedensbruchprozesses waren die Aussagen verschiedener Zeugen von besonderer Bedeutung, die die animositären Konflikte des Staatsanwalts ins rechte Licht setzten. Die Zeugin Seid, die Frau eines Feldwebels beim Land „Oberland“, sagte aus, daß sie in ihrer Wohnung eine Unterredung zwischen Oberlandführern und ihrem Mann mitangehört habe, in der ausdrücklich als Zweck der sogenannten „Wanderübung“ am 21. September angegeben war, die roten und kommunistischen im Bergwerksevier Bergberg aus der Baustelle des Walden jenseits in Kogel auszudrücken. Diese Aussagen der Zeugin, die am 20. September bei dem Aufmarsch der Oberländer gesehen worden war, waren dem Staatsanwalt sichtlich unangenehm. Er wurde so nervös, daß er die Zeugin immer wieder darauf hinwies, sie könne die Aussage im Interesse ihres Mannes verweigern. Bei dieser Gelegenheit stellte sich auch heraus, daß die erste Anzahl der Oberland-Angehörigen von der Polizeibrigade München ausgehüllte Waffenstücke besaß.

Der von der Verteidigung geladene Zeuge Genosse Kuer verbreitete sich eingehend über die

Einführung der S. A.

Den eigentlichen Anlaß zur Gründung habe der Besuch des Reichspräsidenten in München gegeben. Angesichts der Drohung der Hitlerleute habe er damals erklärt, wenn die Landesregierung den Reichspräsidenten in München nicht zu schützen in der Lage sei, dann übernehme die Sozialdemokratie den Schutz. Er habe dann auch eine Organisation innerhalb der Betriebe durchgeführt, so daß am Besuchsstage Oberl. rund 6000 Mann bereitstanden. Da um jene Zeit der nationalsozialistische Terror immer stärker wurde, ohne daß die Regierung dagegen einschritt, so sei ihm der Gedanke gekommen, die provisorische Sicherheitswehr der Arbeiterschaft zu einer dauernden zu machen. So wurde die S. A. gegründet. Die Auswahl sei mit großer Sorgfalt vorgenommen worden. Der Zutritt zur S. A. sei über alles Erwarthen groß gewesen. Die S. A. sei eine reine Abwehrorganisation gewesen. Die Waffen, über die sie verfügte, waren in der Münchner Post eingeschlossen und ausschließlich für die

Verteidigung des Eigentums der Arbeiterschaft

berestgestellt. „Ueber diese Waffen habe ich einmal“ — so sagte Genosse Kuer wörtlich — „mit einem bayerischen Staatsmann geredet (Innenminister Dr. Schwyer? D. Red.) und ihm gesagt, daß wir unser Haus mit Waffengewalt gegen die rechtsradikalen Raubtiere verteidigen werden. Die Antwort lautete: Wenn ihr euer Eigentum innerhalb des Hauses beschützt, wird und kann niemand etwas dagegen haben! Genosse Kuer gab ferner an, daß er einmal mit den Spitzen der Reichswehr in München Besprechungen ausgenommen habe, um von diesen Offizieren und Exzerzierführern für die Jungmannschaften der S. A. zu erhalten, damit die körperliche Erhaltung der S. A.-Jugend auch unter den Augen der Reichswehrvorgesetzten werden könnte. Die Verhandlungen fanden damals kurz vor dem Abschluß, als Dinge dazwischen kamen, über die später noch zu reden sein werde.

Der Nachmittag war mit den Plänen ausgefüllt. Der Staatsanwalt schickte seinen Anträgen eine

politische Rede gegen die Sozialdemokratie

vor, die sich durch eine geradezu erschreckende Unkenntnis der politischen Vorgänge auszeichnete. Es sei nur erwähnt, daß er nicht einmal unterscheiden konnte zwischen national und nationalsozialistisch. Seine Anträge lauteten gegen drei Angeklagte auf 1 Jahr 6 Monate, gegen einen Angeklagten auf 1 Jahr und gegen sieben Angeklagte auf 6 Monate Gefängnis, während er gegen fünf Angeklagte, darunter den Genossen Duffon, wegen Begünstigung 200 Goldmark Strafe beantragte.

Die Verteidigung legte besonderen Wert auf die durch die eidlichen Zeugenaussagen festgestellten Tatsachen, daß die Oberländer in schwerem Bewußtsein Zustande tatsächlich eine Strafexpedition gegen die roten in Kogel geplant hatten, daß sie dann in demselben provokatorischen Weise durch ein Arbeiterdieu! Münchens marschierten, um die roten herauszulocken, und das 1/2ständige Buzzeleucht nach dem unmittelbaren Zusammenstoß ausschließlich von den Oberländern unterhalten wurde. Bei einem gerechten Urteil müßte insbesondere berücksichtigt werden, was sich die rechtsradikalen Organisationen vor und nach diesem sogenannten Landfriedensbruch ungezügelt haben aufschreiben lassen. — Das Urteil wird am Sonnabend vormittag um 11 Uhr verhandelt.

Proletarische Tragik

Wir haben gestern den Artikel des Genossen Dittmann gebracht. Bei der Wichtigkeit der dort behandelten Fragen hatten wir es für richtig, die in der Partei vorhandenen verschiedenen Anschauungen zu Wort kommen zu lassen. Wir lassen hier zunächst einen Artikel unseres Redaktionskollegen Hennig folgen und werden noch in einem weiteren Artikel zu den aufgeworfenen Problemen Stellung nehmen.

Genosse Dittmann hat im Namen des Parteivorstandes in das tragische proletarische Ringen in Sachsen eingegriffen. Wir haben gestern hier den Aufsatz des Genossen Dittmann wiedergegeben, in dem er zu dem Schluß kommt, die Vorgänge in der sächsischen Arbeiterbewegung seien ein proletarisches Trauerspiel. Das ist harte Sprache. So unzulänglich die einzelnen Begründungen scheinen, so sehr Dittmann in Einzelheiten fehlgriffen mag, so richtig ist freilich sein Gesamturteil. Er rührt an die tiefe proletarische Tragik.

Wir alle stehen den Dingen hier so nahe oder sind in sie so verflochten, daß wir schier in Einzelheiten und in ihrer Kleinheit aufgehen. Wer von außen auf Sachsen blickt, sieht vor allem eine Tatsache in all ihrer zermalmenden Macht, die erschütternde Tatsache, daß sich in Sachsen eine überwältigende proletarische Volksmehrheit, sogar eine proletarische Parlamentsmehrheit haben, die aber nicht zu regieren vermag. Keine proletarische Regierung hatte Dauer, jede scheiterte — und nun kommt überhaupt keine mehr zustande. Proletarische Unfähigkeit, kommunistische Schuld. Die proletarischen Parteien bekämpfen sich in Todfeindschaft, anstatt die proletarischen Kräfte zusammenzuschweißen. Das Trübste noch, daß in der stärksten der beiden proletarischen Parteien, in der U. S. P. D., die Selbsterhaltung die und da so einzureihen scheint, daß Schlimmes, Verheeres drohen kann. Und das alles war und ist möglich, trotzdem der brutale Ausnahmezustand verhängt, die rücksichtslose Miltärgewalt über Volk und Landesregierung herrscht! In der Tat: wenn Sachsen kein proletarisches Trauerspiel ist, dann gibt es keine.

Und nun sagt Dittmann an. Er sagt viel Hartes und Herbes, zum Teil auch Ungerechtes. Wir lassen hier alle Einzelheiten beiseite, über die sich Landesparlament und die angegriffenen Parteiblätter noch äußern werden, und halten nur den Kernpunkt der Dittmannschen Ausführungen fest. Er besteht darin, daß die Politik mit den Kommunisten falsch war und ist, und daß nur die Politik der Koalition, der großen Koalition als richtig übrig bleibe. Zum ersten ist Dittmann insoweit zuzustimmen, daß sich das Zusammengehen mit den Kommunisten als unmöglich erweist. Daß dieser Versuch „falsch“ gewesen sei, soll man nicht sagen. Er mußte eben erst einmal praktisch gemacht werden, ehe der Beweis erbracht werden konnte, daß der Weg ungangbar sei. Wäre es nicht versucht worden, hätte es die Mehrheit nie geahnt. Es ist das ähnhlich, wie mit der großen Koalition im Reich. Auch das war „falsch“. Aber auch dieser Weg mußte — leider — erst einmal praktisch erprobt werden, ehe man die Mehrheit der Reichstagsfraktion nicht zu belehren. Das ist nun einmal so. Erleichterte Geister haben weise verdrängt, daß des Menschen Erbübel darin besteht, nicht theoretisch gelehrt den Vermutungen zu folgen, sondern nur das zu wollen und zu tun, was er selber mittätig erfahrend erlebt. Wer Parteipolitik beobachtet, erkennt bald, daß auch den Parteien das Konitze dieser schönen menschlichen Tugend nicht erspart bleibt.

Wichtig ist nun, daß die Sozialdemokratie mit der Unfähigkeit der Parteikommunisten für proletarische Politik rechnet und entschlossen die Lehren daraus zieht. Hier scheiden sich die Geister. Große Koalition oder Neuwahlen. Dittmann, und vielleicht die Fraktionsmehrheit, wollen Koalition, die Mehrheit der Landesinstanzen empfiehlt Auflösung des Landtages. Der Parteitag am 6. Januar wird entscheiden. Aber Genosse Dittmann traut der sächsischen Partei nicht viel Gutes zu. Er sagt:

Die Partei hat in Sachsen die meisten geschulten und erfahrenen Parteigenossen in Staats- und Gemeindefunktionen abgegeben müssen. In ihrer Stelle sind in den Organisationen und in der Presse jetzt vielfach junge, unerfahrene Leute getreten. Ein halbes Duzend solcher junger Rekruten und ein halbes Duzend Schullehrer beherrschen heute Presse und Organisation unserer Partei in Sachsen. Sie beherrschen den Landesparlament, sie beherrschen auch den letzten Landesparteitag. Sie geben offen die Parole aus, daß der Parteivorstand, die Mehrheit der Reichstagsfraktion und der sächsischen Landtagsfraktion von ihren Posten entfernt werden müssen. Dies man ihre Artikel und hört man ihre Reden, so gibt es nichts in Politik und Wirtschaft, wofür diese Körperlichkeiten nicht verantwortlich sind. Vor den größten Entstellungen und wesentlichen Unwahrheiten scheuen sie dabei nicht zurück. . . . Politische Kinder mögen sich an politische Führer zu sein, und lassen sich von der Welle der Erregung, die durch die Wirtschaftsnote hervorgerufen ist, hochtragen in Partei- und Staatsämter. . . . Aber vielleicht würde eine Wahlniederlage denen die Augen öffnen, die sich von dem pseudo-radikalen Schein betören lassen, und endlich eine Gesundung der trostlosen Parteiverhältnisse in Sachsen einleiten. Alles in allem ist es ein proletarisches Trauerspiel, was sich seit Jahr und Tag in der sächsischen Arbeiterbewegung ereignet und das jetzt die Musterlands Sachsen zu einem Zummelplatz parteiverderbender Zweibeine politisch unreicher Elemente macht.

Es ist ein heißer starker Tobal, den Genosse Dittmann in seiner Weismodisfriedensweise räumt. Er hat wohl auch nur wenig Genuß dabei empfunden und tut uns in Sachsen keinen guten Dienst damit. Wir müssen gegen die Form seiner Anklagen und Urteile Einspruch erheben. Sie wahrte nicht mehr die Regeln korrekter Sachlichkeit, die bei Ein-